

Der Kampf geht weiter

Berliner CDU übt sich in Stimmungsmache gegen Flüchtlingsproteste. Diese lassen sich nicht beirren und planen neue Aktionen. **Von Markus Bernhardt**

Die im Berliner Bezirk Kreuzberg zeltenden Flüchtlinge lassen sich auch von den niedrigen Temperaturen und den schlechten Witterungsverhältnissen nicht von ihren berechtigten Protesten abhalten. Unter dem Motto »Revolution der Flüchtlinge« nahmen am Sonnabend etwa 2000 Migranten samt Unterstützer an einer Demonstration in der Bundeshauptstadt teil. Die Demonstranten hatten sich dabei den ersten Jahrestag des Beginns der Flüchtlingsproteste ausgesucht, um ihren Forderungen nach Abschaffung der sogenannten Residenzpflicht, die es Asylbewerbern untersagt, den ihnen von den Behörden zugewiesenen Landstrich zu verlassen, ebenso Nachdruck zu verleihen wie der Forderung nach Auflösung der Sammelunterkünfte und einem Ende der bundesdeutschen Abschiebep Praxis.

Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatten die Flüchtlinge, die sich zuvor zu Fuß von Würzburg nach Berlin aufgemacht hatten, ein Camp auf dem Oranienplatz in Kreuzberg errichtet. Von dort aus war es immer wieder zu aufsehenerregenden Aktionen gekommen. So waren die Migranten am Brandenburger Tor in einen mehrtägigen Hungerstreik getreten und hatten im Dezember 2012 die leerstehende Kreuzberger Gerhart-Hauptmann-Schule besetzt, um zumindest für einige Stunden am Tag eine warme Unterkunft zu haben (jW berichtete). Der Bezirk hatte dies geduldet und war entgegen dem harten Kurs der Berliner Polizei bei Besetzungen nicht gegen die Flüchtlinge vorgegangen. Einzig die CDU hatte massiv gegen die tolerante Linie des Bezirksbürgermeisters Franz Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) Stimmung gemacht.

Erst Ende letzter Woche bezeichnete Burkard Dregger, integrationspolitischer Sprecher der Berliner CDU,



Gegen den rassistischen Normalzustand: Flüchtlingsprotest am Sonnabend vor dem Reichstagsgebäude

die Forderungen der Protestierer als »nicht im Interesse des Landes und nach aktueller Rechtsprechung nicht erforderlich«. »Eine Abschaffung der Residenzpflicht würde zu einem Strom in die Ballungszentrum führen. Im Interesse Berlins kann das nicht sein. Gemeinschaftsunterkünfte auszuschließen wäre abwegig. 7000 Asylbewerber leben in Berlin schon in Wohnungen, Wohnraum ist für alle knapp«, konstatierte der innenpolitische Hardliner gegenüber der taz und trägt damit die öffentlichen Debatten und trägt damit die öffentlichen Debatten um knappen Wohnraum in Berlin auf dem Rücken der Flüchtlinge aus.

Die Erfahrung, wohin die öffentliche Verächtlichmachung ihrer Aktionen führen kann, mußten die Flüchtlingsaktivisten in den vergangenen drei

Wochen gleich mehrfach machen. So hatten sich einige von ihnen zu einer Informationstour zu mehr als 20 Sammelunterkünften im gesamten Bundesgebiet aufgemacht. In Karlsruhe, Köln und Neumünster waren sie dabei von Polizeibeamten erwartet worden, die brutal mit Hunden, Pfefferspray und Schlagstöcken gegen die Aktivisten vorgehen, um so zu verhindern, daß sie die dort internierten Asylbewerber über ihre Rechte aufklären konnten und diese ebenfalls zu Protesten zu animieren (jW berichtete). Mehrere Demonstranten waren dabei von den Beamten verletzt worden.

Trotz besagter Übergriffe wollen die Antirassisten ihre Aktivitäten in den kommenden Wochen intensivieren. So ist vom 19. bis 21. April etwa

eine »Flüchtlingsfrauenkonferenz« in Hamburg geplant. Vom 13. bis 16. Juni findet ein »Internationales Tribunal für Flüchtlinge und Migranten gegen die Bundesrepublik Deutschland« in Berlin statt. Bereits am 6. April mobilisieren antirassistische Gruppen zu einer Demonstration am Friedhof Columbiadamm in Berlin-Neukölln (14 Uhr). Sie wollen dort unter dem Motto »Rassismus – Wieder das Motiv?« an Burak B. erinnern, der vor einem Jahr, in der Nacht vom 4. auf den 5. April, gegenüber dem Krankenhaus Neukölln auf offener Straße erschossen worden war.

◆ Informationen: <http://burak.blogspot.de>, refugeesrevolution.blogspot.de

ERKLÄRUNG

»Institutioneller Rassismus«

◆ jW dokumentiert Auszüge einer Erklärung der »Antirassistischen Initiative Berlin« (ARI): (...) Die gewaltsamen Polizeiüberfälle vor Flüchtlingslagern zielen darauf, die Kommunikation zwischen organisierten Flüchtlingen und Flüchtlingen, die durch das deutsche Lagersystem festgehalten werden, zu verhindern. Mittels »Hausrecht« soll politische Betätigung, Selbstvertretung und Selbstorganisation unmöglich gemacht werden. Die Polizeiführung in Karlsruhe, Köln oder Neumünster fühlt sich nicht genötigt, ihr brutales, rassistisches Vorgehen zu erklären, geschweige denn zu rechtfertigen oder zu verteidigen. Dies ist nicht zufällig, sondern die Polizeigewalt ist von »oben« politisch gedeckt, gewollt und angeordnet. Es soll der ein Jahr währende Protest der Flüchtlinge zum Schweigen gebracht werden. An allen drei Orten sind gezielt Flüchtlinge mißhandelt und verhaftet worden, sie sind länger festgehalten worden als die verhafteten Unterstützer, und nur sie wurden Richtern vorgeführt. Dies sind konkrete Beispiele des institutionellen Rassismus, auf den sich der Umgang der deutschen staatlichen Behörden mit Menschen gründet. (...)

An den vorgeschobenen, militarisierten Grenzen der EU versucht Frontex, die migrierenden Menschen am Weiterreisen zu hindern. 17 000 namentlich bekannte Tote sind die Folge. Jeder einzelne Tote ist politisch gewollt. Es gäbe genug sichere Fähren, Straßen und Brücken, die sie benutzen könnten. Sie werden durch die rassistischen Visa-, Transit- und Rücknahmeabkommen gehindert, diese zu benutzen. (...)

(Es gilt,) die politische Selbstverteidigung zu organisieren. Die Forderung nach gleicher politischer Teilhabe aller hier lebenden Menschen ist eine demokratische Selbstverständlichkeit. Die Forderungen nach Abschaffung der Lager, Residenzpflicht und Abschiebungen ist eine politische Notwendigkeit. (...)

◆ <http://ari-berlin.org>

»Proteste sind Behörden ein Dorn im Auge«

Karlsruher Initiative verlangt Aufarbeitung der gegen Flüchtlingstour gerichteten Polizeiübergriffe. **Ein Gespräch mit Petra Schwarz**

Bereits seit mehreren Monaten protestieren Flüchtlinge bundesweit für die Abschaffung der Residenzpflicht, gegen ihre Unterbringung in Sammelagern und für ein umfassendes Bleiberecht. Hat sich die Situation in Baden-Württemberg durch die neue Landesregierung von Bündnis 90/Die Grünen und SPD zum Positiven geändert?

Geändert hat sich leider nicht viel, aber das haben wir auch nicht anders erwartet. Die Residenzpflicht, die es Asylsuchenden und Geduldeten verbietet, einen bestimmten Landkreis oder Regierungsbezirk zu verlassen, wurde zwar unter anderem in Baden-Württemberg gelockert, geduldeten Flüchtlingen können die Ausländerbehörden die Bewegungsfreiheit dennoch auf einen Landkreis oder sogar eine Stadt beschränken. Zudem ist die Lockerung der Residenzpflicht erst nach dem Ende der Unterbringung in der Landesaufnahmestelle (LAST) zulässig, und es dürfen keine erheblichen Verstöße

Petra Schwarz ist Sprecherin der »Liberalen Gruppe Karlsruhe«. Diese hat gemeinsam mit der »Initiative Grenzenlos« die Bustour der Flüchtlingsaktivisten in Karlsruhe vorbereitet

gegen »Mitwirkungspflichten« im Asylverfahren vorliegen. Bei der Auslegung der fehlenden »Mitwirkungspflichten« und der damit einhergehenden »Bestrafung« der Asylbewerber sind jedoch der Willkür der Sachbearbeiter Tür und Tor geöffnet.

Auch unter der »grün-roten« Koalition existieren die rassistischen Sondergesetze für Asylsuchende. Das Regierungspräsidium Karlsruhe ist weiterhin für Abschiebungen und die rigorose und strikte Anwendung der Ausländergesetze zuständig. Die bestimmenden Personen sind dort wie im Innenministerium dieselben geblieben.

Anfang dieses Monats führten Flüchtlinge, die in Berlin-Kreuzberg seit Oktober ein Protestcamp durchführen, eine »Refugees Revo-

lution Bustour« durch und informierten in verschiedenen Städten – unter anderem in Karlsruhe und Köln – über ihre Situation. Nicht nur in Ihrer Stadt ging die anwesende Polizei mit massiver Gewalt gegen die Protestierer vor ...

Hier in Karlsruhe schlugen die Beamten mit Teleskopschlagstöcken auf die Menschen ein, setzten Hunde ohne Maulkorb ein und griffen Fotografen an. Aus dem Hintergrund feuerte der Polizeibeamte Heck seine Kollegen mit den Worten »Haut fett drauf, haut drauf!« an. Resultat des Einsatzes waren mehrere Verletzte, von denen zwei Personen zur Behandlung ins Krankenhaus mußten. Während des Einsatzes stürzte der Rentner Dietrich Schulze, VVN/BdA-Kreisvorstand aus Karlsruhe, durch den Schlag eines Beamten zu Boden und war einige Minuten bewußtlos. Dies dementierte Fritz Bachholz, Pressesprecher der Polizei, in einem Interview gegenüber dem freien »Radio Querkant«. Ebenso wies er die Vorwürfe gegen seinen Kollegen Heck

zurück, da er den Vorfall auf den Polizeivideos nicht habe sehen können.

Hier zeigt sich ein immer wiederkehrendes Muster im Umgang der Polizei mit der eigenen, oft unrechtmäßigen Gewaltanwendung. Gegen die eigenen Kollegen ermittelt man natürlich nicht so eifrig, wie dies eine unabhängige Institution machen würde. Aus diesem Grund werden die meisten Verfahren gegen Polizisten eingestellt oder Anzeigen womöglich gar nicht erst aufgenommen. Im Gegenzug reagiert die Polizei, wie auch das Beispiel der Proteste an der LAST in Karlsruhe zeigt, gegenüber Fotografen oftmals sehr empfindlich und versucht, mit aggressivem Vorgehen die Bilder oder Filmaufnahmen zu beschlagnahmen oder gleich zu verhindern.

Ein interessantes Detail ist sicherlich auch, daß am Tag der Polizeiangriffe auf die »Refugees' Revolution Bus Tour« in Karlsruhe die »Wochen gegen Rassismus« eröffnet wurden. Natürlich ist es den Behörden oft ein Dorn im Auge, wenn sich Menschen selbständig für

ihre Interessen einsetzen, also abseits der vorgesehenen Rahmen. Außerdem handeln die Behörden für ein System, das auf Ausgrenzung basiert. Daher ist es nicht verwunderlich, daß gerade auf Personengruppen mit wenig Rückhalt in der Gesellschaft eingepreßelt wird.

Welche Schritte planen Sie vor Ort, damit die Attacken aufgeklärt werden?

Wichtig war uns, schnell auf die Ereignisse vor der LAST zu reagieren. Wir haben es gemeinsam mit der »Initiative Grenzenlos« geschafft, etwa 100 Menschen zu mobilisieren, die am nächsten Tag in der Karlsruher Innenstadt gegen Polizeigewalt und für Solidarität mit Flüchtlingen demonstriert haben, in Berlin gingen drei Tage später 300 Menschen auf die Straße. Außerdem sind wir mit einem Anwalt in Kontakt und prüfen, ob Anzeigen oder Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Polizeibeamte folgen werden.

Interview: Markus Bernhardt

◆ lka.tumblr.com